

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 22.07.2019

Anfrage Nr.: 0053/2019/FZ
Anfrage von: Stadtrat Zieger
Anfragedatum: 09.07.2019

Beschlusslauf
Letzte Aktualisierung: 25. Juli 2019

Betreff:

Politische Veranstaltungen in der Stadtbücherei

Schriftliche Frage:

Mehrfach gab es auf Anfragen zu politischen Veranstaltungen in der Stadtbücherei ablehnende Antworten.

Der Hintergrund dafür ist mir nicht klar. Meines Wissens gab es eine Vorlage von der Stadtverwaltung zum Umgang mit politischen Veranstaltungen in städtischen Räumen. Dazu gab es aber dann keinen Beschluss, die Vorlage wurde zurückgestellt.

1. Wann wird das Thema wieder in den Ausschüssen bzw. dem Gemeinderat behandelt?
2. Warum lehnt die Stadtbücherei politische Veranstaltungen ab, wenn es zu diesem Thema keinen Gemeinderatsbeschluss gibt?

Antwort:

1. In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.07.2018 wurde der Tagesordnungspunkt zum Thema „Vermietung städtischer Räume an Parteien“ mit mehreren Arbeitsaufträgen vertagt. Diese Arbeitsaufträge wurden inzwischen weitgehend geklärt. Unter anderem waren dazu Abstimmungen mit den Stadtteilvereinen erforderlich.
Ein entsprechender Vorschlag soll nach der Sommerpause in den gemeinderätlichen Gremien behandelt werden.
2. Seit 19.03.2018 werden keine politischen Parteien und politischen Gruppierungen zur Nutzung der Räumlichkeiten zugelassen und keinerlei neue Mietverträge mit diesen für Räume in der Stadtbücherei abgeschlossen, um weitere Beeinträchtigungen im Betrieb der Stadtbücherei auszuschließen. Diese Regelung gilt bis zu einer entsprechenden Entscheidung des Gemeinderates. Der Ältestenrat wurde am 21.03.2018 entsprechend informiert.
Von dieser Regelung ausgenommen ist die Nutzung des Literatur Café.

Sitzung des neu gewählten Gemeinderates (Amtszeit 2019 - 2024) vom 23.07.2019

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 23.07.2019

Zusatzfrage Stadtrat Zieger

Ich hatte zwei Fragen gestellt. Die eine bezog sich auf das umfangreiche Anmelde-Frage-Formular für Kundgebungen. Hier werden neben notwendigen Angaben sehr viele Daten abgefragt nach unterstützenden Gruppierungen, Kommunikationsmitteln, Rednern und so weiter. Die Antwort auf die Frage, wofür denn die Daten verwendet werden lautet: „Die Daten werden für die Bearbeitung verwendet“. Das ist relativ vielsagend. Vielleicht kann man diesen Fragebogen mal ein bisschen ausmisten und unnötige Fragen rausnehmen.

Dann hatte ich noch eine Frage gestellt nach politischen Veranstaltungen in der Stadtbücherei außerhalb des Literaturcafés. Die gibt es nicht mehr. Die Antwort hierzu lautet: „Weil das den Betrieb in der Stadtbücherei beeinträchtigt“. Das kann man sich kaum vorstellen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner

Doch. Deswegen habe ich das festgelegt, dass wir das nicht mehr machen. Und ich glaube, wir hatten eine ewig lange Diskussion in der Stadt. Die fange ich jetzt nicht noch einmal an.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz

Herr Oberbürgermeister, ich habe zwei Nachfragen zu den Fragen von Stadtrat Zieger. Das eine ist: Werden Sie den Amtsleiter des Amtes für öffentliche Ordnung anweisen, diesen Fragebogen zu überarbeiten? So, dass dieser wirklich nur das enthält, was dem Demonstrationsrecht entspricht?

Und auch zur zweiten Frage eine Nachfrage. Wollen Sie dem Gemeinderat eine Ortssatzung vorlegen, die die Nutzung städtischer Gebäude durch andere Gruppen vorsieht und festlegt?

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner

Zum ersten Punkt. Ich werde, genauso wie Stadtrat Zieger das formuliert hat – und ich halte das für den Umgang untereinander... Jetzt mal für die neuen Gemeinderäte. Wenn wir etwas entrümpeln, was keinen Sinn macht, gehört das raus, vollkommen klar. Wir brauchen auch nicht unnötige Daten erheben. Das tun wir auch nicht. Das sollte ein allgemeiner Grundsatz sein. Ich gebe das gerne an Herrn Köster weiter, dass wir das ernst meinen, dass wir nicht unnötige Daten erheben. Erst recht nicht Daten, die nicht erhoben werden dürfen. Das gebe ich gerne weiter. Aber eine Anweisung mache ich jetzt mal nicht. Das ist das schärfste Schwert, was man machen kann, wenn die Diskussionen beendet sind.

Punkt 2. Wir haben eine lange Diskussion darüber geführt, welche Räumlichkeiten für politische Gruppierungen freigegeben werden. Und da wir diese dann für alle freigeben und wir eine lange Diskussion hatten, was passiert, wenn öffentliche Räume, die auch von andern genutzt werden – von Kindern, von Jugendlichen, von Erwachsenen, wie zum Beispiel die Stadtbücherei – so massiv beeinträchtigt ist, wenn wir hier ständig Demonstrationen haben, die wir absichern müssen mit

Polizeiaufgeboten, dass wir dann die öffentliche Nutzung dieser Räumlichkeiten nicht mehr zur Verfügung stellen, weil die andere Nutzung ansonsten zu stark eingeschränkt ist. Wir haben öffentliche Räume, die wir zur Verfügung stellen. Und damit haben wir eine Regelung, die Ihnen bekannt ist. Die habe ich an alle Gemeinderäte verschickt. Die ist offen. Von daher habe ich keine Veranlassung, eine neue Regelung zu treffen. Und ich bin heilfroh, dass jetzt endlich Ruhe ist in der Ebene.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz

Herr Oberbürgermeister, das war nicht meine Frage. Meine Frage war, ob Sie es nicht für sinnvoll halten, eine Ortssatzung zu beschließen, die die Nutzung öffentlicher Räume durch Dritte regelt?

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner

Das brauchen wir nicht, wenn wir es geregelt haben. Und wir sind so damit einverstanden. Man muss sich nicht Arbeit machen, wo es keine Arbeit gibt. Die Sache ist sauber geregelt, alle kennen sie und alle sind damit zufrieden. Ich sehe keine Veranlassung, jetzt eine Ortssatzung auf den Weg zu bringen. Man muss nicht alles übertreiben. Der Inhalt – darüber sind wir uns ja einig – wird ja so erfüllt.

Ergebnis: behandelt mit Zusatzfrage